



Samstag, 30. Juli 2011

Nr. 60 / 84. Jahrgang

Fr. 5.- | € 4.- (im Ausland)

redaktion@fuw.ch | verlag@fuw.ch
 abo-zeitungen@tamedia.ch
 AZ 8021 Zürich, Telefon 044 298 35 35
 Abo-Service 044 404 65 55
 Fax Redaktion 044 298 35 50
 Fax Verlag 044 298 35 00
 Fax Abo-Service 044 404 69 24
 www.fuw.ch

FINANZ und WIRTSCHAFT

«Nicht falsch kommuniziert»

HAROLF KOTTMANN

CEO Clariant

□ Herr Kottmann, der Aktienkurs von Clariant hat auf das Quartalsergebnis mit einem Kurseinbruch von über 15% reagiert. Haben Sie falsch kommuniziert, falsche Hoffnungen geweckt?

Nein. Meine Investor-Relations-Mitarbeiter und ich haben immer gesagt, dass das hervorragende erste Quartal nicht als Massstab für das gesamte Jahr genommen werden darf. Letztmals haben wir das vor drei Wochen, an einer Investorentour durch London, Zürich und Frankfurt, zum Thema gemacht. An unserem Capital Markets Day in London habe ich zudem explizit darauf verwiesen, dass der April ein schwacher Monat war.

□ Weshalb weichen die Resultate des ersten und des zweiten Quartals so sehr voneinander ab?

Das erste Quartal wird stark überzeichnet durch den Lagerabbau Ende 2010; er bewirkte, dass Anfang 2011 ein Nachhol-effekt in Gang kam, es musste sowohl für Kundenaufträge produziert als auch das Lager aufgestockt werden. Dadurch waren die Kapazitäten im ersten Quartal sehr gut ausgelastet, was eine Margenerhöhung bewirkte. Im zweiten Quartal belastete die Währungsentwicklung. Das hat uns rund 69 Mio. Fr. auf Stufe Ebitda gekostet. Dabei steht weniger der Franken im Vordergrund als vielmehr die Dollar-Euro-Relation und die teils starken Schwellenländerwährungen wie der brasilianische Real. Wir fakturieren in Brasilien traditionellerweise in Dollar, doch unsere Kosten entstehen in Real, was unsere Rechnung folglich belastet. Dazu kommt noch, dass die Nachfrage in Lateinamerika deutlich nachgelassen hat.

□ Wenn Sie Ihre Umsatzjahresziele erreichen wollen, dann muss Clariant im zweiten Halbjahr einen höheren Umsatz schaffen als im ersten. Ist das realistisch?

Da hilft uns die Übernahme von Süd-Chemie. Zudem ist das Katalysatoren-geschäft der Süd-Chemie in der zweiten Jahreshälfte üblicherweise immer stärker als in der ersten. Auch die alte Clariant hat Bereiche – etwa Enteisungsmittel und Chemikalien für die Ölförderindustrie –, die in der zweiten Jahreshälfte besser laufen. Das alles sollte aus heutiger Sicht die Zielerreichung ermöglichen.

□ Am Investorentag im Juni haben Sie das Ziel einer Ebitda-Marge von 17% für 2015 verkündet. Ist dieses Ziel nur dann erreichbar, wenn die Konjunktur unter Voll-dampf läuft und die Kapazitäten optimal ausgelastet sind, oder ist dieser Wert auch in suboptimalem Umfeld machbar?

Das Margenziel ist ehrgeizig. Doch wir sind überzeugt, dass wir die 17% bei einem nor-

Fehltritt Erbschaftssteuern

Stets wieder fordern linke Parteien eine nationale Erbschaftsteuer für grosse Vermögen. Doch die Steuer funktioniert immer weniger, je mobiler Erben und Erblasser werden. REINER EICHENBERGER

Neu planen die SP und die EVP eine gemeinsame Volksinitiative für eine Steuer von 20% auf Erbschaften von über 2 Mio. Fr. Von Befürwortern des Vorstosses wird immer wieder behauptet, die Erbschaftsteuer sei eine besonders gute Steuer. Sie sei gerecht und effizient, weil sie keine negativen Leistungsanreize setze. Nur leider sei sie wegen des kantonalen Steuerwettbewerbs heute viel zu tief. Deshalb brauche es eine nationale Erbschaftsteuer. Sie bringe einen viel höheren Ertrag.

Es ist naheliegend, dass man sich wünscht, dass die anderen mehr und man selbst weniger Steuern zahlen muss. Tatsächlich aber funktioniert eine Erbschaftsteuer für grosse Vermögen schon heute nicht und in Zukunft erst recht nicht mehr. Denn die Anreizwirkungen von Erbschaftssteuern werden dramatisch unterschätzt. Wenn sie bei den Erben erhoben werden, können diese die Steuer leicht umgehen, indem sie auf den erwarteten Erbzeitpunkt an einen Ort ohne Erbschaftsteuer ziehen. Auch deshalb besteuern viele Länder genauso wie in der Schweiz die Kantone den Erb-gang ausschliesslich am Wohnsitz des Erblassers oder am Standort der Erbmasse, was im Übrigen auch SP und EVP wollen. Doch selbst das funktioniert immer weniger.

Massive Fehlanreize

Erstens fallen viele grosse Erbschaften nicht als leicht besteuertes Finanzvermögen, sondern in der Form von Unternehmen und Immobilien an. Dabei droht, dass die Erben die Steuern nicht zahlen können, ohne das Unternehmen und die Immobilien zu verkaufen oder gar zu liquidieren und damit auch Arbeitsplätze zu gefährden. Der Staat besteuert deshalb Erbschaften in Form von Unternehmen und Immobilien zumeist viel tiefer als Finanzvermögen. Das wiederum veranlasst potenzielle Erblasser, ihr Vermögen vermehrt in solchen steuerbegünstigten Formen anzulegen, auch wenn es für sie abgesehen von der Steuerersparnis wirtschaftlich völlig unsinnig ist. Damit sinken sowohl der Steuerertrag wie auch die wirtschaftliche Effizienz.

Die Ungleichbehandlung der verschiedenen Anlageformen ging in Deutschland und Österreich so weit, dass ihre obersten Gerichte kürzlich die Erbschaftssteuern aussetzten. Österreich hat danach die Erbschaftsteuer ganz abgeschafft. Deutschland hat sie reformiert. Heute entfallen die Steuern auf vererbten Unternehmen dann vollständig, wenn diese wenigstens sieben Jahre im Besitz der Erben bleiben und die Lohnsumme über diese Zeit nicht sinkt. Natürlich schafft das starke Fehlanreize. Wenig kompetenten Erben führen die

Gesellschaft selbst, statt sie einem fähigeren Eigentümer zu verkaufen. Und es schafft Anreize, ein marodes Unternehmen viel zu spät zu sanieren.

Ein zweites Problem ist längerfristig gravierender und wird eine hohe Erbschaftsteuer in dem Zeitraum, den ihre Einführung bräuchte, völlig aushebeln. Mit fortschreitender Globalisierung und medizinischem Fortschritt werden auch Erblasser immer mobiler und der Todeszeitpunkt zunehmend wählbar. Entsprechend können sie ihren Wohnsitz auf den Todeszeitpunkt hin an einen Ort ohne

Wie gross die Ausweichbewegungen trotz aller Kontrollen und Vorschriften heute schon sind, zeigt sich eindrücklich am Steuerertrag. So bringen in der Schweiz die von SP/EVP kritisierten tiefen kantonalen Erbschaftssteuern jährlich rund 950 Mio. Fr. ein, was etwa 0,2% des Bruttoinlandprodukts und knapp 0,8% der gesamten Steuereinnahmen entspricht. Die hohe zentralisierte deutsche Erbschaftsteuer, die Erbschaften in direkter Linie mit einem Satz von 30% und an Unverwandte mit 50% besteuert, wirft rund 4 Mrd. € ab, was sogar noch weniger, näm-



Zu glauben, in der Schweiz könne man einfach die Steuersätze und so die Einnahmen erhöhen, ist naiv.

REINER EICH

oder mit sehr tiefen Erbschaftssteuern verschieben. So zieht es immer mehr potenzielle Erblasser in fremde Gefilde, weil dort nicht nur das Leben angenehm und billig ist, sondern auch die Altenbetreuung immer besser wird.

Mit der Einführung einer substanziellen Erbschaftsteuer dürften deshalb immer mehr Erblasser – zuweilen unter «Beratung» durch ihre Erben – ihren Wohnort und bald auch den Todeszeitpunkt an die Erbschaftsgesetze anpassen. Damit würde die Steuer nicht nur weniger ertragsreich, sondern sie neigt dazu, den Sterbetourismus und den Freitod zu fördern, und droht so zur unmoralischsten aller Steuern zu werden.

Die Erbschaftsteuer-Befürworter argumentieren, dass Menschen doch nicht so ökonomisch handeln. Aber auch das ist falsch. Die Erfahrungen aus Deutschland und vielen anderen Ländern zeigen, wie gezielt die Alten das Erbe für ihre Familien vor den Steuern zu retten versuchen. Und es ist unsinnig anzunehmen, reiche Leute arbeiten das Leben lang hart und täten alles für ihre Kinder – ausser, die Erbschaftssteuern zu minimieren.

Viele Länder mit hohen Erbschaftssteuern versuchen deshalb schon heute das Abwandern potenzieller Erblasser zu verhindern. So erhebt Deutschland eine Wegzugsteuer, die vor allem Reiche trifft, und versucht eigene Staatsangehörige noch bis zu fünf Jahre nach ihrem Wegzug mit der deutschen Erbschaftsteuer zu belegen. So führt dann eine Steuer zur nächsten und am Schluss zur Behinderung der freien Auswanderung – ein Mechanismus, der an Friedrich August von Hayeks berühmtes Werk «Der Weg zur Knechtschaft» erinnert.

lich nur 0,16% des Bruttoinlandprodukts, entspricht. Und die als sehr hoch bekannte englische Erbschaftsteuer, die alle vererbten Vermögen von mehr als 325 000 £ unabhängig vom Verwandtschaftsgrad der Erben mit 40% besteuert, erbringt lediglich 0,8% der gesamten Steuereinnahmen – genauso wie in der Schweiz. Tatsächlich bringen also die zentralisierten, hohen deutschen oder englischen Erbschaftssteuern nicht mehr ein als unsere völlig dezentralisierten, tiefen kantonalen Erbschaftssteuern.

Es trifft die Falschen

Die weit verbreitete Meinung, dass heute in der Schweiz Erbschaften wenig besteuert werden, ist zudem falsch. Andere Länder haben zwar höhere Sätze, aber auch viel mehr Ausnahmen und massive Steuervermeidung. Zu glauben, in der Schweiz könne man einfach die Steuersätze und so die Einnahmen erhöhen, ist naiv. Je höher die Sätze, desto stärker sind die Anreize, der Steuer möglichst auszuweichen, und desto mehr Ausnahmen werden von der Politik gewährt.

Die von SP/EVP und vielen mehr geforderte nationale Erbschaftsteuer «auf hohen Vermögen» würde deshalb letztlich nicht von den wirklich Reichen getragen. Sie würde vor allem die kleineren und mittleren Vermögen treffen, für die sich «Optimierung» weniger lohnt.

Prof. Dr. Reiner Eichenberger ist Ordinarius für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Fribourg sowie Forschungsdirektor von CREMA (Center of Research in Economics, Management, and the Arts).